

„AGENDA FÜR ARBEIT- NEHMER“? – DÉJÀ-VU BEIM WIRTSCHAFTSRAT

Manchmal genügt ein Blick ins Archiv. Bereits im September 2025 hatte der Wirtschaftsrat der CDU vorgeschlagen, die Zahnmedizin vollständig aus der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) herauszulösen. Schon damals war die Resonanz bemerkenswert einhellig: breite Kritik aus Fachwelt, Politik und Medien. Die Argumente – soziale Schieflage, Gefährdung präventiver Strukturen, ordnungspolitische Verkürzung – sind bekannt. BDK und DGKFO hatten bereits im September in einer gemeinsamen Presseerklärung deutlich gemacht, dass eine solche Ausgliederung einen gesundheitspolitischen Irrweg darstellt. Die zahn- und kieferorthopädische Versorgung

ist integraler Bestandteil einer präventionsorientierten Gesundheitsstrategie. Sie isoliert zu betrachten, greift zu kurz – fiskalisch wie fachlich. Im Januar kam der Vorstoß erneut, diesmal im Kleide einer „Agenda für Arbeitnehmer“. Wer sich die Inhalte dieses Papiers ansieht – reine Arbeitgeberpositionen – denkt unwillkürlich an sprachpolitische Volten im Stile Orwells.

In der Sache bleibt es beim bekannten Muster: Die GKV solle sich auf „existenzielle Risiken“ beschränken; zahnmedizinische Leistungen könnten eigenverantwortlich organisiert werden. Dass die Zahnmedizin innerhalb der GKV gerade durch Prävention, langfristige Planung und vergleichsweise stabile Kostenentwicklung auffällt, wird dabei eher randständig behandelt. Ebenso die Tatsache, dass kieferorthopädische Behandlungen überwiegend Kinder und Jugendliche betreffen – also gerade jene Versichertengruppe, deren sozial ausgewogener Zugang politisch regelmäßig betont wird. Dass Zahn- und Kieferfehlstellungen erhebliche Auswirkungen auf die allgemeine Mundgesundheit und damit auch auf die Folgekosten im Gesundheitswesen haben, hat der Wirtschaftsrat übersehen. Oder wollte der Wirtschaftsrat künftige Krankheitslast und erhebliche Folgekosten bewusst in Kauf nehmen? Das ist gesundheitspolitischer Rückschritt und ökonomisch kontraproduktiv zugleich.

Die Reaktionen ließen nicht lange auf sich warten. Überregionale Medien erinnerten an die bereits im Herbst geäußerten Einwände. Gesundheitspolitiker verschiedener Fraktionen äußerten sich skeptisch bis ablehnend. Reformbedarf bei der GKV-Finanzierung? Unbestritten. Die selektive Herauslösung eines funktionierenden Versorgungsbereichs? Kaum konsensfähig. Die Bundesgesundheitsministerin wies den Vorstoß postwendend zurück: „Die Forderung, Zahnbehandlungen aus dem Leistungskatalog der GKV zu streichen, wird nicht umgesetzt.“

So nah können Orwell und Shakespeare beieinander liegen: eine „Agenda für Arbeitnehmer“ oder viel Lärm um nichts. ■



© Pete – stock.adobe.com

Die Pressemitteilung von BDK
und DGKFO ist hier zu finden:



Ihr **All-in-One-Shop**

über 27.000 Artikel
sensationell günstig einkaufen

3M™ Transbond™



3M™ Forsus™



 solventum

3M Health Care ist jetzt Solventum.

jetzt inklusive
über **12.000 Artikel**
für **Praxis** und **Labor**



jetzt bestellen unter

www.orthodepot.de



 **OrthoDepot®**